



# Beschlussauszug

aus der  
32. Sitzung der Gemeindevertretung Ückeritz  
vom 13.07.2023

---

## **Top 4 Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils der letzten Sitzung der Gemeindevertretung und des Hauptausschusses sowie über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde**

Der Bürgermeister berichtet, dass es in der Vergangenheit Bestrebungen von einem Kaufhaus gab, sich in Ückeritz anzusiedeln. Was nach seinem Dafürhalten schön gewesen wäre. Leider hätte es Probleme mit privaten Grundstücksverkäufen gegeben, weshalb sich die Investoren zurückgezogen haben.

Herr Kindler war zusammen mit der Verwaltung im Ort unterwegs und hat sich über Straßensanierungen, wie zum Beispiel die Straße zum Friedhof, Hauptstraße von B111 zum Achterwasser und die Straße zur Rehaklinik, Gedanken gemacht. Die Straße zur Rehaklinik sei ein Sonderfall, hier muss erst eine Dokumentation erfolgen. An der Klinik sei eine große Maßnahme geplant, bei der schwere Fahrzeuge entlangfahren werden. Erst danach könne eine Instandsetzung erfolgen.

Die Löschwasserbrunnen wurden gebohrt. Eine kleine Herausforderung (Steine in der Tiefe) hätte es noch in der Dorfmitte gegeben, aber hier sollte auch eine Lösung zu finden sein. Ückeritz sei eine der wenigen Gemeinden im Landkreis, die so weit sind und ihr Löschwasserkonzept folglich umgesetzt haben.

Am 01.06.2023 fand ein Treffen mit dem Staatssekretär in der Feuerwehr statt. Herr Miraß war vor Ort und es wurde über mögliche Fördermittel für ein Schlauchboot diskutiert. Er hat den Wunsch der Wehr wohlwollend mitgenommen. Aussage vom Innenministerium sei, dass es sehr gut aussieht und eine Berücksichtigung abzusehen ist.

Es gab in der letzten Zeit, so der Bürgermeister, unnötiger Weise Irritationen. Er berichtet über die Kurabgabe und den zeitlichen Ablauf. Er war gezwungen gegen die Entscheidung in Widerspruch zu gehen. Es liegt ein Gutachten zur Thematik von der Anwaltskanzlei der UTG vor, wo ganz klar kommuniziert wurde, dass ein Schaden entstehen würde. Diese Kanzlei hat euch empfohlen, die Gemeinde mit sofortiger Wirkung aus der Modellregion zu entlassen. Das sei aus Sicht des Bürgermeisters eine Katastrophe!

Sein damaliger Antrag zur Möglichkeit über die Erstattung der Kosten wäre in Ordnung und möglich, so die UTG.

Die schriftlichen Anträge liegen bereits in der Kurverwaltung zur Beantragung vor.

Weitere Befreiungsgegenstände sollten innerhalb der Modellregion abgestimmt werden.

Weiter kann er ankündigen, dass Anfang August eine Arbeitsberatung mit der UTG, der Gemeindevertretung dem Betriebsausschuss zur Thematik stattfinden wird.

Seit Einführung des ÖPNV/SPNV hätte Herr Kindler von den Gästen überwiegend nur positives Feedback erhalten.